



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

61. Sitzung (öffentlich)

14. Januar 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Klassische Schweinepest bei Wildschweinen 3

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) informiert den Ausschuss über einen aktuellen Fall von Wildschweinepest in Rösrath.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 6

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900 (Ergänzung)

Vorlagen 14/1938 und 14/2035

Die fünf Änderungsanträge der SPD (siehe Anlage, S. 1 – 5) werden mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Nichtanwesenheit der FPD abgelehnt.

3 Landesregierung verspielt Zukunftsmarkt Recycling- und Abfallwirtschaft 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7671

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch zu führen, wenn der Abfallwirtschaftsplan vorliege. In das Gespräch soll auch der heute diskutierte SPD-Antrag Drucksache 14/7671 mit einbezogen werden.

4 An apple a day keeps the doctor away – Schulobstprogramm für NRW nutzen 21

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8080

Der Antrag der Grünen Drucksache 14/8080 wird mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Nichtanwesenheit der FDP abgelehnt.

5 Ökologische Auswirkungen der Biogasproduktion in NRW 24

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/2364.

6 BAYER-Kohlenmonoxid-Pipeline: Sachstand und Verfahren zum Planergänzungsbeschluss 30

Mit Vorlage 14/2363 erstattet die Landesregierung Bericht.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
61. Sitzung (öffentlich)

14.01.2009
mr-be

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900 (Ergänzung)

Vorlagen 14/1938 und 14/2035

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, die SPD-Fraktion habe mit Schreiben vom 17. Dezember 2008 diesen Tagesordnungspunkt für die heutige Sitzung beantragt. Gleichzeitig habe sie fünf Änderungsanträge eingereicht (siehe Anlage), über die der Ausschuss diskutieren, aber nicht mehr abstimmen könne. Sie empfehle, diese Anträge in der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 22. Januar 2009 noch einmal zu stellen.

Svenja Schulze (SPD) begründet, warum die SPD die Änderungsanträge heute einbringe. Man habe in der ersten Runde der Haushaltsdiskussion deutlich gemacht, dass die SPD den vorgelegten Haushalt für Makulatur halte und eine Ergänzungsvorlage erwarte. Die Ergänzungsvorlage sei wenige Tage später eingetroffen. Damit gebe es eine Basis, auf der man diskutieren und Änderungsanträge einbringen könne. Man verweigere sich nicht der Debatte. Deshalb wolle man die Anträge heute diskutieren, obwohl sie, wie die Vorsitzende ausgeführt habe, nicht abgestimmt werden könnten. Das erscheine ihr – Schulze – allerdings seltsam. Ihr sei gesagt worden, dass man die Anträge in der heutigen Ausschusssitzung noch abstimmen könne und das nicht nur im Haushalts- und Finanzausschuss möglich sei.

Es werde immer gesagt werde, dass wegen der Haushaltskonsolidierung keine Spielräume vorhanden seien. Die SPD wolle mit diesen Anträgen deutlich machen, dass das nicht stimme und es im Einzelplan 10 Spielräume gebe, die man für die Bereiche, die der SPD wichtig seien, nutzen wolle. Denn der Haushalt habe eine politische Schwerpunktsetzung, die die SPD nicht teile. Man könne für die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr tun. Deshalb habe man einen Änderungsantrag gestellt, die Verbraucherverbände zu stärken. Man könne für das Ehrenamt und die Umweltbildung mehr tun. Deshalb habe man bei der NRW-Stiftung Naturschutz sowie beim Landesbüro der Naturschutzverbände Erhöhungen vorgesehen.

Gerne wolle sie auch die formale Frage klären. Ihr sei gesagt worden, man könne nach Vorlage der Ergänzungsvorlage noch Änderungsanträge zu dem nun ergänzten Haushalt stellen.

Vorsitzende Marie-Luise Fasse erläutert, der Ausschussassistent habe das mit der Landtagsverwaltung geklärt. Der Sachverhalt sei so, wie sie ihn gerade vorgetragen habe.

Johannes Rimmel (GRÜNE) sieht keinen Grund, heute nicht abzustimmen. Der Haushalt sei erneut Gegenstand der Beratung. Selbstverständlich könne man zum

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
61. Sitzung (öffentlich)

14.01.2009
mr-be

Haushalt bis zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses Änderungsanträge stellen. Das müsse möglich sein, wenn eine Ergänzungsvorlage den Sachverhalt verändere. Er bedauere es auch, dass die SPD ihre Änderungsanträge nicht rechtzeitig habe einbringen können. Wenn sie aber heute vorlägen, könne man darüber abstimmen.

Der Abgeordnete fragt die Landesregierung, ob es durch das Konjunkturprogramm, das in Kürze von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werde, eine weitere Ergänzungsvorlage geben werde. Ihn interessiere auch, ob in diesem Fall der Einzelplan 10 betroffen sei.

Vorsitzende Marie-Luise Fasse zeigt sich bereit, die Anträge zu beraten und abzustimmen. Anscheinend hätte alle Kolleginnen und Kollegen nichts dagegen. Der Sachverhalt sei ihr aber so dargelegt worden.

Friedhelm Ortgies (CDU) macht deutlich, seine Fraktion habe nichts dagegen, trotz eventueller formaler Bedenken abzustimmen.

Der Nachtragshaushalt habe kaum Auswirkungen auf den Einzelplan 10. Von daher halte er die Argumentation, Anträge nachzuschieben, für weit hergeholt. Die SPD habe weitgehend Anträge abgeschrieben, die sie schon in den Vorjahren gestellt habe. Er wolle kurz auf die einzelnen SPD-Anträge eingehen:

Den Antrag „Streichung der Zuschüsse für den Flughafen Münster/Osnabrück“ (siehe Anlage, S. 1) habe man schon mehrfach auf der Tagesordnung gehabt. Dieser Posten sei vor allen Dingen auf überzogene Auflagen einer Vorgängerregierung zurückzuführen. Seit zwei oder drei Jahren habe die Landesregierung die Mittel zugesagt; Zusagen sollte man einhalten. Wenn man in diesen Tagen darauf achte, was von der Großen Koalition in Berlin an Infrastrukturmitteln beschlossen werde, sollte die SPD eigentlich froh sein, dass beim FMO in die Infrastruktur investiert werde.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Konjunktur ankurbeln über den Mühlenbach, das habe ich auch noch nie gehört!)

Wenn eine mittelständische Firma den Auftrag bekomme, dort für Millionen Baumaßnahmen durchzuführen, sei das mit Sicherheit eine Förderung der Konjunktur

(Reinhold Sendker [CDU]: Das war zukunftsweisend von Frau Höhn seinerzeit!)

und werde zur Sicherung der Arbeitsplätze beitragen.

Man sei sich einig, die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, deren Zuschüsse die SPD erhöhen wolle (siehe Anlage, S. 2), sei eine hervorragende Einrichtung, der man viel mehr Geld gönnen würde. Es gehe um zweckgebundene Mittel aus Lottereeinnahmen, die sich danach richteten, wie diese Mittel jährlich ausfielen. Gegenüber 2006 hätten sich die Mittel in diesem Jahr etwas erhöht.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
61. Sitzung (öffentlich)

14.01.2009
mr-be

Der Posten „Zuschüsse und Beiträge an Vereine, Organisationen usw. – Landesbüro der Naturschutzverbände“ (siehe Anlage, S. 3) sei nicht gekürzt worden, sondern habe die gleiche Höhe wie 2008. Man halte es nicht für zielführend, noch mehr Geld auszugeben.

Der nächste SPD-Antrag (siehe Anlage, S. 4) beschäftige sich wie jedes Jahr mit Zuschüssen für die Verbraucherverbände. Wie keine Regierung vorher habe man den Verbraucherverbänden Planungssicherheit über viele Jahre zugesichert. Auf der Jubiläumsveranstaltung im letzten Jahr hätten die Verbände Dankesworte ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht, dass sie sich das schon früher gewünscht hätten. Man halte also auch diesen Antrag nicht für zielführend.

Die Titelgruppe 66 „Fachübergreifende Umweltangelegenheiten – Nachhaltige Entwicklung“ (siehe Anlage, S. 5) sei gegenüber dem letzten Jahr nicht gekürzt worden.

Die CDU-Fraktion werde alle fünf Anträge ablehnen.

Wolfram Kuschke (SPD) geht auf zwei Anträge ein:

Beim Antrag, die Zuschüsse an die NRW-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturlpflege (siehe Anlage, S. 2) zu erhöhen, habe man keinen vermehrten Aufwuchs der Erlöse: weder beim WestLotto noch bei den anderen Bereichen, wie zum Beispiel Oddset. Daraus werde nicht nur die NRW-Stiftung, sondern etwa auch die Kulturstiftung mit Mitteln gespeist. Er bitte sehr eindringlich, das zur Kenntnis zu nehmen, weil man sonst in eine sehr schwierige Situation komme: Entweder müsse man die Ansätze reduzieren, wie es die Landesregierung schon getan habe, oder man müsse einen Ausgleich mit Haushaltsmitteln des Landes schaffen, um den Wegfall zu kompensieren. Das müsse man nicht hier diskutieren; man werde das Thema in der dritten Lesung einzelplanübergreifend aufgreifen.

Zum Antrag, die Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände“ (siehe Anlage, S. 4) zu erhöhen: Im Ausschuss insgesamt werde die Bedeutung der Organisationsstrukturen der Verbraucherverbände anerkannt; vielleicht mit Ausnahme des Kollegen Ellerbrock, der heute nicht da sei und sich nicht wehren könne. Er – Kuschke – habe aber mit Interesse vernommen, dass sich beispielsweise Kollege Papke im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise für die Überlegung ausgesprochen habe, ob das Tätigkeitsfeld der Verbraucherberatung um diesen Bereich ergänzt werden müsse. Im Übrigen gebe es eine Initiative der Verbraucherberatung, dort nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit tätig zu werden – mit einem Modell, das nicht in erster Linie auf Bezuschussung durch Landes- oder Bundesmittel abstelle, sondern bei dem die Finanzierung auch anderweitig gestaltet werden könne.

Der entscheidende Punkt sei – das sei kein Geheimnis –, dass das MUNLV, die Verbraucherberatung, aber auch die betroffenen Gebietskörperschaften darüber nachdenken würden, ob es nicht Sinn mache, beginnend im Jahr 2009, möglicherweise fortgesetzt im Jahre 2010, zur Einrichtung neuer Beratungseinrichtungen zu kommen. Man könne mindestens zwei Namen nennen, nämlich Schwerte im Kreis Unna und Soest oder Lippstadt im Kreis Soest. Der Minister kenne den Kreis Soest

sehr gut; er – Kuschke – kenne den Kreis Unna gut. Ihn interessiere, inwieweit es noch Ziel der Landesregierung sei, das weiter zu verfolgen und wie die finanzielle Sicherstellung auf der Basis des vorgelegten Haushaltsansatzes erfolgen könne.

Minister Eckhard Uhlenberg antwortet, es sei ihm zum einen nicht bekannt, dass es eine weitere Ergänzung zum Haushalt gebe.

Es würden zum Zweiten Debatten geführt, was die Einrichtung weiterer Beratungsstellen von Verbraucherzentralen angehe. Er habe selber dazu beigetragen, dass das Netz dichter werde. Vor Ort laufe zurzeit noch eine intensive Diskussion, die 2009 begonnen habe und noch einige Monate andauern werde. Wenn im Laufe des Jahres Entscheidungen gefallen seien, werde man die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Die Landesregierung stehe zu den Zahlen, die sie im Haushaltsplan eingebracht habe. Es sei gut, dass die Landesregierung vor geraumer Zeit diese Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale NRW getroffen habe, die zu Planungssicherheit führe.

Er wolle ausdrücklich den Abgeordneten Ellerbrock in Schutz nehmen, der gerade angesprochen worden sei. Auch die FDP habe dazu beigetragen, dass Planungssicherheit für die Verbraucherzentrale NRW bestehe. Man sei der Auffassung, dass sie nun ausreichend finanziert werde. Aber man unterstütze die Vorschläge zur Verdichtung des Netzes der Verbraucherzentralen in Nordrhein-Westfalen und werde sich finanziell daran beteiligen.

Die fünf Änderungsanträge der SPD (siehe Anlage, S. 1 – 5) werden mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD und Grünen bei Nichtanwesenheit der FDP abgelehnt.

Landtag Nordrhein-Westfalen

- 41 -

APr 14/798
Anlage zu TOP 2, Seite 1

APR 14/798

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis											
SPD	SPD	Kapitel 10 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege Titel 892 11 Seite 88 Zuschüsse an den Flughafen Münster-Osnabrück II: ändige Streichung des Titels 892 1 im Kapitel 10 030 <table><tr><td>201</td><td>Ansatz lt. HH 2008</td></tr><tr><td>von</td><td>6.463.000 Euro</td><td>0 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>6.463.000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>0 Euro</td><td></td></tr></table> Begründung: Das Flughafengelände grenzt an FFH-/Natur- und Landschaftsschutzgebiete an. Das FFH-Gebiet Elting-Mühlenbach wird erheblich beeinträchtigt. Im Zuge der Umsetzung der Planfeststellung zur Startbahnverlängerung werden daher zusätzliche ökologische Maßnahmen erforderlich, die vom Verursacher des Eingriffs zu tragen sind. Die Mittel werden eingesetzt zur Deckung der folgenden Erhöhungsanträge.	201	Ansatz lt. HH 2008	von	6.463.000 Euro	0 Euro	um	6.463.000 Euro		auf	0 Euro		
201	Ansatz lt. HH 2008													
von	6.463.000 Euro	0 Euro												
um	6.463.000 Euro													
auf	0 Euro													

APr 14/798
Anlage zu TOP 2, Seite 2

Anlage zu Vorlage 14/yyy

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis													
SPD	SPD	Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 686 10 549 Seite 56/57 Zuschüsse und Beiträge an Vereine, Organisationen usw. - Landesbüro der Naturschutzverbände Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td></td><td>2009</td><td>Ansatz lt. HH 2008</td></tr><tr><td>von</td><td>407 500 Euro</td><td>407 500 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>50 000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>457 500 Euro</td><td></td></tr></table> <u>Begründung:</u> Die bisherigen Kürzungen stellen die Existenz des Landesbüros der Naturschutzverbände in Frage. Dem Landesbüro kommt neben der Information und Beratung des Ehrenamtes auch die Aufgabe zu, die Zusammenarbeit und Koordination der Naturschutzverbände untereinander intensiv zu unterstützen. Dies ist angesichts der durch den Klimawandel hervorgerufen Aufgaben von besonderer Bedeutung. Deshalb wird der Ansatz erhöht.		2009	Ansatz lt. HH 2008	von	407 500 Euro	407 500 Euro	um	50 000 Euro		auf	457 500 Euro			
	2009	Ansatz lt. HH 2008														
von	407 500 Euro	407 500 Euro														
um	50 000 Euro															
auf	457 500 Euro															

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis													
SPD	SPD	Kapitel 10 040 Allgemeine Bewilligungen Kapitel 10 040, Titel 684 61 - 649 Seite 112 Zuschüsse für laufende Zwecke an Verbraucherverbände Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td></td><td>2009</td><td>Ansatz lt. HH 2008</td></tr><tr><td>von</td><td>8 800 000 Euro</td><td>8 800 000 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>1 400 000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>10 200 000 Euro</td><td></td></tr></table> <u>Begründung:</u> Die seit 2005 vorgenommenen Kürzungen führen im Verbraucherschutz zu substanziellen und nicht hinzunehmenden Abstrichen führen. Mit den steigenden Anforderungen an die Arbeit der Verbraucherzentrale und den tariflichen Steigerungen der Personalkosten kommt die Verbraucherzentrale immer weiter unter Druck.		2009	Ansatz lt. HH 2008	von	8 800 000 Euro	8 800 000 Euro	um	1 400 000 Euro		auf	10 200 000 Euro			
	2009	Ansatz lt. HH 2008														
von	8 800 000 Euro	8 800 000 Euro														
um	1 400 000 Euro															
auf	10 200 000 Euro															

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis													
SPD	SPD	Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Kapitel 10 020, Titelgruppe 66 Seite 66 fachübergreifende Umweltangelegenhei- ten - Nachhaltige Entwicklung Erhöhung des Ansatzes <table><tr><td></td><td>2009</td><td>Ansatz lt. HH 2008</td></tr><tr><td>von</td><td>824 000 Euro</td><td>824 000 Euro</td></tr><tr><td>um</td><td>1 176 000 Euro</td><td></td></tr><tr><td>auf</td><td>2 000 000 Euro</td><td></td></tr></table> <u>Begründung:</u> Die Landesregierung hat in den letzten Jahren kontinuierlich in dem umweltbildungsrelevanten Haushaltsbereich des MUNLV gekürzt. Dabei kam es zu Mittelkürzung von über 80 Prozent. Für die Zukunft unserer Gesellschaft und für die Chancen nachfolgender Generationen ist es von entscheidender Bedeutung, die Menschen für das Thema Umwelt zu sensibilisieren und ihnen Kompetenzen für eine nachhaltige Lebensführung zu vermitteln. Mit der Erhöhung der Mittel wird auch das ehrenamtliche Engagement gestärkt.		2009	Ansatz lt. HH 2008	von	824 000 Euro	824 000 Euro	um	1 176 000 Euro		auf	2 000 000 Euro			
	2009	Ansatz lt. HH 2008														
von	824 000 Euro	824 000 Euro														
um	1 176 000 Euro															
auf	2 000 000 Euro															

